

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2865 und 2896.

Inserate sollen die achteckige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Werbenzeigen das feinstdrucke Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leserzuschriften 70 Pf., bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Aufhebung des Belagerungszustandes.

Ein Kabinettsbeschluss.

Das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, schreibt in ihrer heutigen Morgenausgabe:

„Die Aufhebung des Belagerungszustandes für Berlin steht, wie wir zuverlässig hören, unmittelbar bevor. Das Reichsministerium hat einen dahingehenden Beschluss bereits gefasst, es geht dabei von der Ansicht aus, daß, da augenblicklich völlig geordnete Verhältnisse wieder herrschen, der Belagerungszustand entbehrlich ist und zudem, wenn es erforderlich ist, der Belagerungszustand jederseits wieder verhängt werden kann.“

Wie von anderer Seite berichtet wird, ist die Verordnung über die Aufhebung des Belagerungszustandes erst in einigen Tagen zu erwarten. Die berühmten „technischen Gründe“ werden wieder vorgeschützt, um die Hinauszögerung der amtlichen Verordnung zu rechtfertigen. Sollte der eigentliche Grund nicht darin liegen, daß hinter den Kulissen noch gekämpft werden muß, um die Verwirklichung des Kabinettsbeschlusses gegenüber der Militärkomarilla durchzusetzen?

Gallifet als Zeuge.

Die ersten Stunden des heutigen zweiten Verhandlungstages waren ausgefüllt mit der Vernehmung des Obersten Reinhard. Die Aussage des deutschen Gallifet kann nur den Schlusstein zu dem entwürdigenden Bilde fügen, das jeder Mensch mit Ehr- und Anstandesgefühl sich von diesem Manne nach seinen bisher bekannt gewordenen Taten — oder richtiger Untaten — gemacht hat. Mit einer Miene und in einer Haltung, die deutlich die Empörung darüber zur Schau tragen, daß man es wagt, ihn, den gewaltigen Oberst Reinhard, in einer so lächerlichen Angelegenheit, wie es der Tod von 32 Revolutionären ist, vor Gericht zu bemühen, tritt er an den Richtertisch. Seine Vernehmungsaufgaben zu machen, ist er natürlich viel zu vornehm, und läßt sie sich daher, was völlig unzulässig ist, vom Vorsitzenden vorlesen. Doch dann folgt er der Aufforderung des Vorsitzenden, die Vorgänge, die zur Erschießung der Matrosen führten, im Zusammenhang zu erzählen. Mit augenwärtigem Bögen spricht Reinhard, jedes Wort sorgfältig überlegend, um sich nur ja nicht zu verrotten. Allmählich erst, als die Verteidiger Fragen einwerfen und sich eine Debatte entwickelt, wird auch Reinhard lotharischer. Die Tat Marlohs hält er natürlich für gerechtfertigt, es sei selbstverständlich, daß die ganze Gesellschaft (so bezeichnet er die Matrosen) nach Kriegerecht behandelt, das heißt auch, erschossen wurde. Diese Behauptung ist um so rücksichtloser, als es selbst beim Kriege gegen äußere Feinde als eine schändliche Völkerverletzung gilt, Gefangene zu erschließen.

Obwohl es nicht nur heute einwandfrei feststeht, daß die Zusammenkunft der Volksmarinekommission am 11. März in der Französischen Straße einzig und allein zum Zweck der Empfangnahme der Wohnung und der Waffengabe stattfand, sondern obwohl sogar der Väterliche Befehl selber, die Versammlung als einen harmlosen „Wohnungsappell“ bezeichnet, wagt es der Oberst Reinhard noch jetzt bei seiner Vernehmung mit einer Unverschämtheit ohnegleichen, zu behaupten, er habe sichere Nachrichten, daß es sich dort um eine „Neugründung der Volksmarinekommission“ handelte.

Dann kommt Reinhard zu den Niedermeßungsbefehlen, die er Marloh hat überbringen lassen. Swor kann er sich angeblich an den Wortlaut seiner Befehle nicht mehr genau erinnern (er hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß er von 150 zu erschießenden Matrosen gesprochen habe), doch spricht er zunächst als ganz selbstverständlich von „Befehlen“, die er Oberleutnant v. Kessel, Leutnant Schröter und anderen Offizieren für Marloh erteilt habe.

Da greift der Vorsitzende in unerhörter Weise ein. In der suggestivsten Weise sagte er zu Reinhard, daß er doch natürlich betreffe Marloh keine Befehle, sondern nur eine allgemeine Unterweisung gegeben habe. Sofort ergreift Reinhard diesen Rettungsanker und bejaht eifrig. Doch treffend macht sogleich der Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, auf den unerhörten Widerspruch in der Aussage Reinhard's aufmerksam. Der Vorsitzende dreht und windet sich und weiß nicht, was er lazen soll.

Wir erheben schärfsten Protest gegen das Verhalten des Vorsitzenden, den Obersten Reinhard in solcher Weise zu entlasten zu suchen.

Wilson und der Kongreß.

H. N. Washington, 3. Dezember.

In seiner Botschaft an den wieder zusammengetretenen Kongreß spricht Wilson den Wunsch aus, künftig ein Budgetsystem einzuführen, wodurch die Kontrolle der Geldmittel und der nationalen Ausgaben ausgenommen werden kann. Weiter verlangt er für die ehemaligen Seeresanghörigen Unterstützung, eine Förderung der Nahrungsmittelherzeugung und eine Verbesserung der Beschaffenheit der Nahrungsmittel, ferner scharfe gesetzliche Maßnahmen gegen Regierungsfeinde, insbesondere gegen Anarchisten, sowie eine Änderung der Kriegsgewinn- und Einkommensteuer. Schließlich behandelt der Präsident die industriellen Fragen und sagt, es sei äußerst wichtig, ein endgültiges Programm für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen festzustellen. Das Recht des einzelnen Arbeiters zu streiken, sei unantastbar, und keine Regierungsmassnahme dürfe dieses Recht beeinträchtigen. Es bestehe aber noch eine höhere Macht und zwar das Recht der Regierung, die allgemeinen Interessen des Volkes sicherzustellen und zu wahren.

Von der Botschaft, die Wilson an den neu eröffneten Kongreß gerichtet hat, erwartete man mit Spannung die Lösung der Krise, die durch die Haltung der republikanischen Opposition im Senat, die die Teilnahme am Völkerbund durch Vorbehalte illusorisch gemacht hat, entstanden ist. Die Nachricht über die Wilson-Botschaft zeigt, daß die Lösung nicht gelungen ist. Die Krise besteht fort, und die Wilson-Botschaft umgeht sorgfältig dieses Problem.

Dem Friedensvertrag selbst ist scheinbar überhaupt nicht die Rede, dagegen hält Wilson offenbar an dem Gedanken des Völkerbundes fest, da er die Grundzüge der Arbeiterregelung als in der Verfassung des Völkerbundes niedergelegt bezeichnet. Ein beachtenswerter Angriff auf die republikanische Opposition ist in den Worten enthalten, in denen Wilson sich gegen die kleinräumliche Politik des amerikanischen Handels wendet, durch die die amerikanische Geschäftswelt in einer Art Zwangsjacke gehalten werde. Die neue Zeit müsse auch in dieser Frage Wandlung schaffen. Das amerikanische Volk dürfe die Gelegenheit zur Ausdehnung seiner Wirtschaft nicht ungenutzt vorbeigehen lassen. Der Krieg habe die Isolierung Amerikas verschwinden lassen und ihm große Verpflichtungen und Verantwortungen auferlegt. Die amerikanischen Staaten müßten an dem Weltmarkt, der sich gewaltig ausgedehnt hätte, auch in größerem Umfange ihren Anteil haben.

Wilson vermißt offenbar, die Opposition der Geschäftswelt gegen die in Amerika sehr unpopulären Verpflichtungen, die aus dem Völkerbundsvertrage entstehen können, durch den Hinweis auf große neue Geschäfte am Weltmarkt zu beseitigen. Er dürfe hier damit wenig Glück haben, denn es ist gerade die Ansicht dieser Handelskreise, daß diese Geschäfte und die Ausdehnung des amerikanischen Wirtschaftslebens sich künftig nur dann werden gestalten lassen, wenn Amerika von allen politischen Verpflichtungen frei ist. Kurz, die Lage ist noch völlig ungeklärt, und der Kongreß wird den Friedensvertrag vorläufig in großem Vogen umgestoßen, bis man hinter den Kulissen ein Kompromiß zustande gebracht hat. Eile tut jetzt nicht mehr so not wie früher, da durch die Haltung der deutschen Politik ein für Amerika gefährliches früheres Inkrafttreten des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Alliierten ohne Amerika nicht zu erwarten ist.

Die Bewegung in Bitterfeld.

Wolffs Bureau meldet: Die Verhandlungen der paritätischen Kommission, die zur Beilegung des Generalstreiks im Bitterfelder Revier eingeleitet war, sind zum Abschluß gekommen. Es wurde ein acht Punkte umfassendes Protokoll vereinbart, dem die Betriebsräte bereits zugestimmt haben. Danach werden drei bis vier Arbeiterführer von den Anilinwerken nicht wieder eingestellt. Die Einstellung weiterer Arbeiter unterliegt einem Schiedsspruch. Der für den Wusttag gezahlte Lohn muß wieder zuzückergestellt werden. Streiklage werden nicht bezahlt. Maßregelungen finden nicht statt. Der Militärbesatzhaber wird nach der Aufnahme der Arbeit dem Reichswehrminister die Aufhebung aller militärischen Anordnungen empfohlen.

Am Schandpfahl der Geschichte!

Dittmanns Anklage auf dem Parteitag gegen das Justizverfahren im Mordfalle Haase.

Wir geben nachstehend den Wortlaut jenes Teiles der Rede Dittmanns wieder, der sich auf die Ermordung Haases bezieht.

Haases Ermordung wird als „unpolitische Tat“ hingestellt. Wir vom Zentralkomitee der Partei haben dazu in einem Aufruf sofort erklärt, daß

„die Tat nur in einer politischen Atmosphäre möglich war, in der Revolutionäre als vogelfrei gelten und ihre Mörder frei ausgehen.“

Dieser Meinung sind wir heute mehr als je zuvor. Was ist von den Justizbehörden bisher geschehen, die Sache aufzuklären? Diese Frage habe ich schon vor 14 Tagen in einem Offenen Briefe an den preussischen Justizminister gerichtet. Bis heute ist keine Antwort darauf erfolgt. Ich hatte zehn klare Einzelfragen gestellt.

Heute formuliere ich diese Fragen nun in ebensoviel Punkte einer Anklage, die ich von dieser Stelle aus vor der Öffentlichkeit erhebe.

Ich klage die Justizbehörden an, daß sie keine Hand gerührt haben, festzustellen, mit welchen Personen der Täter in der letzten Zeit vor der Tat verkehrt hat, daß sie weder die Arbeitgeber noch die Arbeitskollegen des Täters vernommen haben!

Ich klage die Justizbehörden an, daß sie keinerlei Nachforschungen angestellt haben, ob der Täter vorher mit jemandem über die Tat gesprochen hat, ob ihm die Tat suggeriert worden ist, ob ihm jemand zu- oder abgeraten hat, ob Spitzel oder agents provocateurs auf ihn eingewirkt haben.

Ich klage die Justizbehörden an, daß sie keine Feststellungen getroffen haben, wann, wie und wo der Täter in den Besitz des Revolvers gekommen ist, mit dem er den Mord verübt hat.

Ich klage die Justizbehörden an, daß sie nur auf Anstoß von außen her rein formal Untersuchungsmaßnahmen vorgenommen, daß sie aus eigener Initiative aber absolut nichts zur Aufklärung der Mordtat unternommen haben.

Diese Passivität der Justizbehörden wirkt wie eine Vergünstigung der Mordtat, und das um so mehr, als Nachrichten in der Presse veröffentlicht wurden, nach denen man annehmen muß, daß sich die Staatsanwaltschaft lediglich als Fürsorgebehörde für den Täter betrachtet hat. Schon 4 Wochen nach der Tat wurde in der Presse mitgeteilt, daß der Täter nach einem ärztlichen Gutachten „strafausbleibend geisteskrank“ sei. Sonst braucht man Monate, ja Jahre, um solche Untersuchungen vorzunehmen und solche Feststellungen zu treffen. Die Arbeitgeber und die Arbeitskollegen des Täters, die ihn genau kennen, haben ihn nie für geisteskrank gehalten und halten ihn auch heute nicht dafür.

Auch die Staatsanwaltschaft hat ihn vor seinem Attentat auf einen revolutionären Führer für geistig durchaus normal gehalten, obgleich sie schriftliche Neuheutungen von ihm kannte, die Ionius waren. Trotzdem hat sie Anklage wegen Erpressung, begangen an Lotteriebeamtinnen, gegen ihn erhoben, und er wäre sicher auch deswegen verurteilt worden; einen Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit hätte man mit einer Handbewegung beiseite geschoben.

Es muß festgehalten werden:

Als der Täter Angehöriger der reaktionären Staatsbürokratie beleidigt hatte, da galt er für geistig normal, wurde unter Anklage gestellt und mit schwerer Strafe bedroht; die Verhandlung stand kurz bevor, als die Tat geschah.

Von all dem wurde der Täter sofort befreit, nachdem er zur Freude der Reaktion einen revolutionären Führer beseitigt hatte. Da wurde er im Nu für geisteskrank erklärt und sowohl wegen der Mordtat wie wegen der Erpressung außer Verfolgung gesetzt. In einigen Monaten kann er aus der Irrenanstalt als geheilt entlassen werden. So schnell wie er für geisteskrank erklärt worden ist, kann er ja wieder für geistig gesund erklärt werden.

Niemand von uns zeigt sich dem Blut des Täters, wie die ganze deutsche Bourgeoisie nach dem Blut der sogenannten Münchener Geiselmörder geleckt hat, bis ihr Blutdurst durch die Vollstreckung der Rechurteile gestillt war. Die Person des Täters ist uns höchst gleichgültig.

Wir wenden uns gegen das skandalöse Justizverfahren. Die Justizbehörden hatten die Pflicht, in diesem wie in jedem anderen Falle nicht nur nach dem Täter, nach Mittätern und den intellektuellen Anstiftern zu fahnden, sondern auch die Tat selbst aufzuklären. Kennt man doch, wenn man gegen Revolutionäre vorgeht, sehr gut das sogenannte „objektive Verfahren“ und das Verfahren gegen „Unbekannt“. Gärttele man, auf „Subekannt“ zu fahnden, oder warum zeigte man kein Interesse an der Aufklärung des Mordmordes?

Nur einmal hat die Staatsanwaltschaft ein solches Interesse für kurze Zeit gezeigt, als nämlich eine Anzeige bei ihr einlief, ein Spartakist hätte den Täter ange-

tastet. Da ließ sie den angeblichen Spartakisten sofort zur Vernehmung vorführen. Es wäre ja auch zu schön gewesen, den Mord im Interesse der Reaktion der Revolution zuzuschreiben, wie man ja auch froh ist, der Täter, der politisch nicht organisiert war, sei Mitglied unserer Partei gewesen.

Als dagegen in einem mit Namen und Adresse unterzeichneten Briefe an den Täter im Gefängnis dem Täter geraten wurde, sich verückt zu stellen und sich dabei gerost auf die „Berufsrichter“ zu verlassen, da wurde der Briefschreiber nicht zur Vernehmung vorgeführt, ja, es wurde auf den Brief überhaupt nicht reagiert.

So arbeitete im Staate der „vollendete Nichtgarantien“ die angeblich „objektive Behörde der Welt“.

Damit alle Welt sie erfährt und weiß, deshalb stelle ich alle diese Tatsachen hier öffentlich fest!

Sich nagel sie an den Schandpfahl der Geschichte!

um sie für unsere Aufklärung zu gewinnen. Dazu müssen wir eine Politik treiben, die uns das Vertrauen der Massen sichert. Der Trennungstrieb nach links lag Seeger näher als nach rechts. Das steht im Widerspruch zu der Erfassung des revolutionären Proletariats. Gegen diese Rückbewegung möchte ich mich ganz energisch wenden. Die Männer und Frauen, die heute bei den Kommunisten sind, haben vor noch gar nicht langer Zeit in unserer Partei gestanden. (Sehr richtig!) Sie trennten sich wegen einer augenblicklichen Enttäuschung, die sie bei uns festzustellen glaubten. Das war falsch, denn unsere Partei ist seit dieser Zeit immer revolutionärer geworden. (Sehr richtig!) Ich habe diese Trennung lebhaft beklammert und bedauert, da der linke Flügel unserer Partei durch das Auscheiden dieser Kräfte geschwächt wurde. Wenn die Zeit zum Handeln gekommen war, haben wir unabhängigen Sozialisten unsere Pflicht ebenförmig erfüllt wie die Kommunisten. (Beifall und Zurufe: Noch besser!) Ich setze keinen Trennungstrieb nach links. Die Bewegung gegen den Parlamentarismus bebauere ich ebenförmig. Die Genossen sind sich über das Programm nicht klar geworden. Solange wir nicht in der Lage sind, die parlamentarischen Institutionen zu ersetzen, solange dürfen wir den Genossen die parlamentarische Betätigung nicht verweigern. Der größte Mangel, den wir haben, ist ja der Mangel an parlamentarisch geschulten Kräften. Die Genossen, die heute am meisten gegen den Parlamentarismus sind, haben sich auf dem ersten Rückzug nach einem Parlamentarismus wie Leninereinwickeln lassen. Die Gegner des Parlamentarismus sind Schritt für Schritt zurückgewichen. Wir können im Augenblick der Verhandlungen nicht feststellen, ob die Mehrheit bei uns ist.

Der Parteitag in Leipzig.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Lipinski eröffnet die Sitzung.

Genosse Oskar Cohn nimmt seine Angriffe gegen Genossen Stöcker zurück, da die Sache aufgeklärt worden ist. (Bravo!)

Genosse Braunschweig erwidert auf Geschäftsordnung das Wort und ermahnt die Redegewalt einzusparen und sich streng an die Tagesordnung zu halten.

Genosse Dittmann stellt fest, daß die Ausnahme durch den Parteitag beschlossen wurde.

Vorsitzender Lipinski schlägt vor, heute noch die Debatte und das Schlusßwort über das Aktionsprogramm zu erledigen und dann die Redaktionskommission zusammenzutreten zu lassen. Der Parteitag stimmt dem zu.

Die Diskussion über „Programm und Taktik der Partei“ wird fortgesetzt.

Genosse Nordhausen wendet sich gegen die Einigung von oben durch die Führer und verlangt, daß die Massen zur selbständigen Handlung erregt werden müssen. Ebenso wendet sich der Redner gegen geheime Besprechungen. Er hält die heutige Standpunkt für falsch, mit aller Klarheit die die Masse in den Vordergrund zu stellen. Man verspricht auch hier den Massen zuviel. Von einer Einigung mit den Rechtssozialisten sieht der Redner ab und verlangt besondere Klarheit in der Agrarfrage. Redner stimmt im wesentlichen den Ausführungen Cohns und Hilferdings zu.

Unterchiede. Eine Einigung mit den Rechtssozialisten bedeutet eine Einigung mit dem Bürgertum. (Sehr richtig!) Mit einer solchen Partei kann es eine Einigung nicht geben. Das gilt nicht nur für die Führer, sondern für die rechtssozialistische Partei als Ganzes. Wir können nur eine Einigung auf der Grundlage unseres Programms vornehmen. Eichhorn wendet sich gegen die Streichung des Ausdrucks „parlamentarisch“, die schließlich die Ablehnung des Parlamentarismus zur Konsequenz haben würde. Er wendet sich aber auch gegen den parlamentarischen Revisionismus und kritisiert das Vorgehen Cohns beim Delegationsauswahlgang. (Beifälliger Beifall.)

Popp bemerkt, daß man in bezug auf die politische Arbeit nicht allzu ängstlich sein solle. Wir benutzen alle Kampfsmittel, und das notwendigste ist der Parlamentarismus. Das gilt besonders für die Gemeinde. Er wendet sich gegen die Auffassung, als sei jetzt eine Sozialisierung nicht möglich. Es muß unser Bestreben sein, die politische Macht in die Hand zu bekommen, dann können wir auch die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen. Vorzeitige Einigungsverhandlungen können nur die beginnende Arbeit wieder trüben.

Curt Geber-Leipzig wendet sich gegen die persönlichen Angriffe des Genossen Cohn auf seinen Charakter. Nach der Enthüllung des Ständels Ellars hätte Cohn nicht mit Scheibemann verhandeln dürfen. Es ist doch ein Unterschied, ob man mit Rechtssozialisten oder Kommunisten verhandelt. Seeger hat Klarstellungen liefern, daß er nicht auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehe, vertritt durch das Rätesystem. Seeger hat bestritten, daß Marx auf dem Boden der Diktatur des Proletariats gestanden hat. Geber verliest dagegen folgendes Zitat von Marx:

Es kommt auf unsere neu-geprägten Parteiung an, die Mehrheit zu gewinnen. (Stürmischer Beifall.) Die Debatte ist erschöpft.

Genosse Crispian erwidert das Schlusßwort. Er stellt fest, daß sachliche Änderungen des Aktionsprogramms kaum notwendig werden. Er bittet, das Wort „parlamentarisch“ im Aktionsprogramm nicht zu streichen, damit nach dem Parteitag die Debatte nicht wieder ausstehe. Das Programm soll ausbreiten, doch wir sind rückhaltlos auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stellen. Wir werden, gestützt auf dieses Programm dem Proletariat Ziele und Wege geben können. Wenn 1789 und 1848 die Arbeiter für das Bürgertum kämpften, so kämpft 1919 das Proletariat für seine Sache. Wenn man versuchen sollte, die gestürzten Throne wieder aufzurichten, dann wird das Proletariat selbst zur Abwehr entschlossen, zum Kampf bereit sein für den Sozialismus, für die Menschheit! (Beifälliger Beifall.)

Genosse Dresden: Ich habe aus den Ausführungen des Genossen Däumig, denen ich mit großer Spannung entgegen sah, entnommen, daß feineren grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links. Verschiedene Auffassungen sozialistischer Natur gibt es und wird es immer geben. Redner bemerkt auf die Erklärung Crispians, daß grundsätzlich innerhalb der Parteileitung Übereinstimmung herrscht und daß wir uns immer dem marxistischen Wege leiten lassen müssen. Den Antrag auf Streichung des Passus „auch die Parlamentaristen“, bittet er zurückzugeben. Wir in der unabhängigen Partei überschätzen nicht den Parlamentarismus. Wir haben solche Überhebungen jahrelang schon in der alten Partei bekämpft. Redner verteidigt eine Neuherausgabe, in der dieser der Auffassung widerspricht, als seien die Bolschewisten zu Antiparlamentaristen geworden. (Bravo.)

Genosse Berlin antwortet Gleichner, daß die Bolschewisten den Parlamentarismus sehr wohl zur Aufrechterhaltung der Massen brauchen, aber nicht zur eventuellen Regierungsbildung mit Rechtssozialisten und Bürgerlichen im kapitalistischen Staat. Hinter dem Wort „parlamentarisch“ ist hingekommen im Aktionsprogramm „Revisionismus“. Darauf hätte Gleichner auch antworten müssen. Wenn er auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats steht, kann er sich auch an keiner Bürgerlichen Regierung beteiligen. Roenen schüßert gegenüber Cohn die Vorgänge bei der Neubildung des Fraktionsvorstandes und zitiert Hente, der sich ebenfalls gegen Cohn als Vorsitzender in der Fraktion erklärt hat wegen seiner parlamentarischen Verbindung mit Demokraten und Rechtssozialisten. Wir wollen uns fortan nicht mehr beurteilen lassen nach der lobierenden Tätigkeit des Genossen Cohn. Der Parteitag soll es zeigen, ob es desirable ist, mit den geheuten Opfern der bürgerlichen Demokratie sich zusammenzufinden oder ob mit Spahn und Scheibemann, von dem er doch sagte, daß er mit Herrn Ellars im Auto fährt. Genosse Roenen polemisiert gegen Hilferding und gibt zu, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden nicht gibt. Wenn Hilferding meint, er sei immer für Sozialisierung gewesen, so fragt es sich, für welche Sozialisierung? Für die Sozialisierung auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie? Der Druck der Massen hat im Dezember, Januar, Februar und März nicht gefehlt, er hat mit elementarer Wut die Sozialisierung gefordert. Aber man hatte sich auf die Nationalversammlung eingelassen. Vor Niederlagen wollen wir wohl alle bewahrt bleiben, aber vorangehen mit der revolutionären Aktion, das ist das richtige, und sich nicht von historischen Rücksichten halten lassen. Wir haben die Gelegenheit für die Sozialisierung verpaßt, wenn wir nicht mit aller Macht den Willen zum Sozialismus durchsetzen. Die Umfassung der Bevölkerung bietet uns aber andere taktische Möglichkeiten. Es wäre fast eines Wissenschaftlers würdig, an der Hand dieser objektiven Möglichkeiten die Theorie der Massenaktion, des Massenkampfes fortzuentwickeln. Das wäre die Aufgabe der Rautsch, Hilferding, Ströbel u. a. (Beifälliger Beifall.)

Vorsitzender Lipinski gibt die Beschlüsse für die Redaktionskommission bekannt. Die Kommission wird bestimmt aus den Genossen Crispian, Berlin, Hilferding, Berlin, Hente, Bremen, Herzfeld, Berlin, Stöcker, Berlin, Däumig, Berlin, Dammann, Frankfurt a. M., Curt Geber, Leipzig, Kuntz, Breslau, Berlin, Düsseldorf.

In die Programmkommissionen werden entsandt Crispian, Berlin, Hilferding, Berlin, Hente, Bremen, Seeger, Leipzig, Braß, Remscheid, Curt Geber, Leipzig, Däumig, Berlin, Genossin Juch, Berlin, Genossin Sender, Frankfurt a. M., Carl Braunschweig, Lebedour, Berlin und Simon, Nürnberg.

Zur Beratung des Steuerprogramms wird ebenfalls eine Kommission gebildet aus den Genossen Barm, Berlin, Seeger, Leipzig, Hugo Simon, Berlin, Curt Geber, Leipzig, Hilferding, Berlin, Stöcker, Berlin, Herzfeld, Berlin, Hente, Braunschweig.

Genosse Berlin antwortet Gleichner, daß die Bolschewisten den Parlamentarismus sehr wohl zur Aufrechterhaltung der Massen brauchen, aber nicht zur eventuellen Regierungsbildung mit Rechtssozialisten und Bürgerlichen im kapitalistischen Staat. Hinter dem Wort „parlamentarisch“ ist hingekommen im Aktionsprogramm „Revisionismus“. Darauf hätte Gleichner auch antworten müssen. Wenn er auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats steht, kann er sich auch an keiner Bürgerlichen Regierung beteiligen. Roenen schüßert gegenüber Cohn die Vorgänge bei der Neubildung des Fraktionsvorstandes und zitiert Hente, der sich ebenfalls gegen Cohn als Vorsitzender in der Fraktion erklärt hat wegen seiner parlamentarischen Verbindung mit Demokraten und Rechtssozialisten. Wir wollen uns fortan nicht mehr beurteilen lassen nach der lobierenden Tätigkeit des Genossen Cohn. Der Parteitag soll es zeigen, ob es desirable ist, mit den geheuten Opfern der bürgerlichen Demokratie sich zusammenzufinden oder ob mit Spahn und Scheibemann, von dem er doch sagte, daß er mit Herrn Ellars im Auto fährt. Genosse Roenen polemisiert gegen Hilferding und gibt zu, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden nicht gibt. Wenn Hilferding meint, er sei immer für Sozialisierung gewesen, so fragt es sich, für welche Sozialisierung? Für die Sozialisierung auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie? Der Druck der Massen hat im Dezember, Januar, Februar und März nicht gefehlt, er hat mit elementarer Wut die Sozialisierung gefordert. Aber man hatte sich auf die Nationalversammlung eingelassen. Vor Niederlagen wollen wir wohl alle bewahrt bleiben, aber vorangehen mit der revolutionären Aktion, das ist das richtige, und sich nicht von historischen Rücksichten halten lassen. Wir haben die Gelegenheit für die Sozialisierung verpaßt, wenn wir nicht mit aller Macht den Willen zum Sozialismus durchsetzen. Die Umfassung der Bevölkerung bietet uns aber andere taktische Möglichkeiten. Es wäre fast eines Wissenschaftlers würdig, an der Hand dieser objektiven Möglichkeiten die Theorie der Massenaktion, des Massenkampfes fortzuentwickeln. Das wäre die Aufgabe der Rautsch, Hilferding, Ströbel u. a. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Berlin antwortet Gleichner, daß die Bolschewisten den Parlamentarismus sehr wohl zur Aufrechterhaltung der Massen brauchen, aber nicht zur eventuellen Regierungsbildung mit Rechtssozialisten und Bürgerlichen im kapitalistischen Staat. Hinter dem Wort „parlamentarisch“ ist hingekommen im Aktionsprogramm „Revisionismus“. Darauf hätte Gleichner auch antworten müssen. Wenn er auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats steht, kann er sich auch an keiner Bürgerlichen Regierung beteiligen. Roenen schüßert gegenüber Cohn die Vorgänge bei der Neubildung des Fraktionsvorstandes und zitiert Hente, der sich ebenfalls gegen Cohn als Vorsitzender in der Fraktion erklärt hat wegen seiner parlamentarischen Verbindung mit Demokraten und Rechtssozialisten. Wir wollen uns fortan nicht mehr beurteilen lassen nach der lobierenden Tätigkeit des Genossen Cohn. Der Parteitag soll es zeigen, ob es desirable ist, mit den geheuten Opfern der bürgerlichen Demokratie sich zusammenzufinden oder ob mit Spahn und Scheibemann, von dem er doch sagte, daß er mit Herrn Ellars im Auto fährt. Genosse Roenen polemisiert gegen Hilferding und gibt zu, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden nicht gibt. Wenn Hilferding meint, er sei immer für Sozialisierung gewesen, so fragt es sich, für welche Sozialisierung? Für die Sozialisierung auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie? Der Druck der Massen hat im Dezember, Januar, Februar und März nicht gefehlt, er hat mit elementarer Wut die Sozialisierung gefordert. Aber man hatte sich auf die Nationalversammlung eingelassen. Vor Niederlagen wollen wir wohl alle bewahrt bleiben, aber vorangehen mit der revolutionären Aktion, das ist das richtige, und sich nicht von historischen Rücksichten halten lassen. Wir haben die Gelegenheit für die Sozialisierung verpaßt, wenn wir nicht mit aller Macht den Willen zum Sozialismus durchsetzen. Die Umfassung der Bevölkerung bietet uns aber andere taktische Möglichkeiten. Es wäre fast eines Wissenschaftlers würdig, an der Hand dieser objektiven Möglichkeiten die Theorie der Massenaktion, des Massenkampfes fortzuentwickeln. Das wäre die Aufgabe der Rautsch, Hilferding, Ströbel u. a. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Hagen widerspricht der Darstellung der rechtssozialistischen Presse über ein Ritz aus einem Reichsbankbrief, daß das genaue Gegenteil besage, wie die rechtssozialistische Presse daraus gemacht habe.

Cohn polemisiert gegen Roenen und dessen Auslegung seiner Darstellung über Demofraie und weist auch die Vorwürfe Roenens und Gebers zurück hinsichtlich seiner Beziehungen zu Scheibemann. Das Resultat der Unterredung mit diesem sei gleich Null gewesen.

Hente-Bremen wendet sich gegen Cohn und meint, daß mit der Stimmungsmache gegen ihn bestimmt die Zwecke verfolgt werden, die der Parteitag noch zu erledigen hätte. Hente stellt die Vorgänge bei der Fraktionsvorstandswahl klar unter Widerspruch der beteiligten Genossen. Es sei geschmacklos, aus einer Fraktionsbesprechung habe Äußerungen in ganz bestimmter Absicht auf den Parteitag zu bringen. Das würde verhängnisvoll und sei ungeeignet, die Einheit der Partei zu wahren. (Beifall.)

Dittmann-Berlin macht auf eine falsche Mitteilung der „Freiheit“ aufmerksam hinsichtlich des Vorparates vom Dienstag morgen. (Es betrifft das den Bericht über die Rede des Genossen Roenen in der zweiten Spalte dieser Nummer. Es muß darin heißen, statt Dittmann — Dittmann-Frankfurt a. M.)

Däumig-Berlin macht Ledebour gegenüber geltend, daß er die Kommissionsarbeiten auch nur im revolutionären Sinne verstanden haben will und nicht als die berühmte „positive“ Arbeit.

Hilferding wendet sich gegen Roenen wegen seiner falschen Darstellung von Hilferdings Wirken für die Sozialisierung. Stöcker-Berlin stellt nochmals seine Kriegsbekämpfungskritik klar. Die Kölner Genossen bekräftigen die Darstellung Stöckers, daß dieser fest Kriegsbekämpfungspolitik der Freiheit vertritt. Der Parteitag nimmt diese Darstellung mit Beifall an.

Lebedour-Berlin stellt gegenüber Däumig mit Veranlassung fest, daß er nun auch den letzten Schritt auf dem Rückzug zurückgelegt hat.

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen.

Die Verhandlungen werden auf Donnerstag verlagert.

Genosse Kiel wendet sich scharf gegen die Hamburger Kommunisten, die unsere Partei nicht bestärken und zum Austritt aus den Gewerkschaften auffordern. Er bekämpft auch die Anschauungen des Berliner Vollzugsratsmitglieds Wegmann als verhängnisvoll, die dieser in einer kleiner Versammlung vertritt. Die neuen ungehaltenen Massen sind die Schuld nicht in den Dingen, sondern in der Führung. In der Frage des Parlamentarismus wendet sich der Redner gegen Däumig. Die Beteiligung an den Wahlen kann niemals ein Fehler sein, wohl aber die Unterlassung. Der Redner wendet sich gegen die Annahme des Antrags auf Streichung des Wortes „parlamentarisch“. Seien wir uns bewußt, daß wir alle zur Klärung beigetragen haben. (Beifall.)

Karsten-Potsdam meint, daß das Aktionsprogramm besonders günstig sein muß für die Agitationsbedürfnisse auf dem Lande. Die Entschuldigungsfrage kann man jetzt nicht erledigen. Die Erringung der politischen Macht ist viel leichter als ihre Erhaltung. Insofern ist die Frage der Einigung des Proletariats äußerst objektiv zu prüfen. Der Wille zur Einigung bei den rechtssozialistischen Arbeitern ist sehr groß. Das sozialistische Proletariat wird sich sehr bald einig sein, dafür sorgt die Reaktion. Da der Parteitag selbst muß ein anderer Ton der Polemik einbringen. (Bravo!)

Vorsitzender Lipinski gibt die Beschlüsse für die Redaktionskommission bekannt. Die Kommission wird bestimmt aus den Genossen Crispian, Berlin, Hilferding, Berlin, Hente, Bremen, Herzfeld, Berlin, Stöcker, Berlin, Däumig, Berlin, Dammann, Frankfurt a. M., Curt Geber, Leipzig, Kuntz, Breslau, Berlin, Düsseldorf.

In die Programmkommissionen werden entsandt Crispian, Berlin, Hilferding, Berlin, Hente, Bremen, Seeger, Leipzig, Braß, Remscheid, Curt Geber, Leipzig, Däumig, Berlin, Genossin Juch, Berlin, Genossin Sender, Frankfurt a. M., Carl Braunschweig, Lebedour, Berlin und Simon, Nürnberg.

Zur Beratung des Steuerprogramms wird ebenfalls eine Kommission gebildet aus den Genossen Barm, Berlin, Seeger, Leipzig, Hugo Simon, Berlin, Curt Geber, Leipzig, Hilferding, Berlin, Stöcker, Berlin, Herzfeld, Berlin, Hente, Braunschweig.

Es ist ein Antrag auf Beschränkung der Redegewalt auf 10 Minuten eingegangen. Der Antrag wird abgelehnt.

Stöcker-Kaufhaus: Den Ausführungen des Genossen Seeger ist die Ablehnung der proletarischen Diktatur und des Rätesystems zu entnehmen. Für Cohn gilt das selbe. Die Mehrheit der Bevölkerung haben wir solange nicht für uns, solange sie der reaktionären Beeinflussung ausgesetzt ist. Ausgesprochen muß werden, daß die Partei nicht gegenüber dem Kampf um die Rätesystem und in den letzten Monaten schwere Hemmschübe angelegt hat. Wir sollten unseren Ehrgeiz darin setzen, eine Partei links von uns überhaupt unmöglich zu machen. Ein neues „Über“ muß man doch der grundsätzlichen Übereinstimmung entgegenbringen. Klipp und klar muß ausgesprochen werden, welche Politik zu treiben ist. Das Programm muß auch wirklich durchgeführt werden.

Eichhorn-Berlin stellt die erfreuliche Erscheinung fest, daß es über die grundsätzlichen Fragen keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Eichhorn tritt der Auffassung des Genossen Cohn wohl hinsichtlich der Diktatur des Proletariats als auch der Einigung entgegen. Das Proletariat hat wohl eine gemeinsame Grundlage, aber politische Parteien haben doch grundsätzliche

Braß-Remscheid gibt eine rückhaltlose Betrachtung der Gegenstände und Unklarheiten wieder, die auf dem Parteitag in den entscheidenden Fragen herrschten, und stellt mit Befriedigung fest, daß heute in allen diesen Fragen die damals gegenüber den Genossen und gefolgt sind. Zur Freiheit der Wissenschaft meint Braß, daß unter dem Banner der Wissenschaft der Revisionismus in die alte Partei getragen wurde, der den Zusammenbruch von 1914 verhindert hat. Die Arbeiter müssen also doch etwas Vor-sicht üben. Was ist von Hilferding in der „Freiheit“ zur Klärung des Rätesystems zu sehen? Fast nichts. Hilferding meint, die Arbeiterklasse habe nicht genügend zur Sozialisierung gedrängt. Dabei hat sich im Januar die Bergarbeiterklasse des Westens für die Sozialisierung des Bergbaus geschlossen. In dieser Tatsache darf man nicht vorübergehen. Was mit dem neuen Aktionsprogramm erreicht wird, das ist die Einigkeit der Partei. Das beschlossene wird aber nicht erloschen und in voller Einmütigkeit durchgeführt werden, dann wird die Arbeiterbewegung der Unabhängigen Sozialdemokratie gesichert sein. (Beifälliger Beifall.)

Nieder-Döhen richtet die Richtung der Sachlichkeit an die Genossen. Das Programm muß so verfaßt werden, daß die Internationale verwirklicht werden kann.

Lebedour-Berlin: Bei der sogenannten Einigung des Proletariats handelt es sich um etwas ganz anderes, als hier bisher behandelt wurde. Durch die Frage der Einigung der Parteien wird die Sache auf die formalistische Bahn gedrängt. Es kommt darauf an, auf alle Proletarier einzumirken.

Genosse Berlin antwortet Gleichner, daß die Bolschewisten den Parlamentarismus sehr wohl zur Aufrechterhaltung der Massen brauchen, aber nicht zur eventuellen Regierungsbildung mit Rechtssozialisten und Bürgerlichen im kapitalistischen Staat. Hinter dem Wort „parlamentarisch“ ist hingekommen im Aktionsprogramm „Revisionismus“. Darauf hätte Gleichner auch antworten müssen. Wenn er auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats steht, kann er sich auch an keiner Bürgerlichen Regierung beteiligen. Roenen schüßert gegenüber Cohn die Vorgänge bei der Neubildung des Fraktionsvorstandes und zitiert Hente, der sich ebenfalls gegen Cohn als Vorsitzender in der Fraktion erklärt hat wegen seiner parlamentarischen Verbindung mit Demokraten und Rechtssozialisten. Wir wollen uns fortan nicht mehr beurteilen lassen nach der lobierenden Tätigkeit des Genossen Cohn. Der Parteitag soll es zeigen, ob es desirable ist, mit den geheuten Opfern der bürgerlichen Demokratie sich zusammenzufinden oder ob mit Spahn und Scheibemann, von dem er doch sagte, daß er mit Herrn Ellars im Auto fährt. Genosse Roenen polemisiert gegen Hilferding und gibt zu, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden nicht gibt. Wenn Hilferding meint, er sei immer für Sozialisierung gewesen, so fragt es sich, für welche Sozialisierung? Für die Sozialisierung auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie? Der Druck der Massen hat im Dezember, Januar, Februar und März nicht gefehlt, er hat mit elementarer Wut die Sozialisierung gefordert. Aber man hatte sich auf die Nationalversammlung eingelassen. Vor Niederlagen wollen wir wohl alle bewahrt bleiben, aber vorangehen mit der revolutionären Aktion, das ist das richtige, und sich nicht von historischen Rücksichten halten lassen. Wir haben die Gelegenheit für die Sozialisierung verpaßt, wenn wir nicht mit aller Macht den Willen zum Sozialismus durchsetzen. Die Umfassung der Bevölkerung bietet uns aber andere taktische Möglichkeiten. Es wäre fast eines Wissenschaftlers würdig, an der Hand dieser objektiven Möglichkeiten die Theorie der Massenaktion, des Massenkampfes fortzuentwickeln. Das wäre die Aufgabe der Rautsch, Hilferding, Ströbel u. a. (Beifälliger Beifall.)

Vierter Verhandlungstag.

Vorbericht.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gibt Neumann-Nürnberg eine Erklärung ab, daß der „Vorwärts“ einen entstellten Bericht über die Verhandlungen bringe. Über seine Ausführungen habe er sich veräußert, die er überhaupt nicht abgeben habe und daran habe der „Vorwärts“ seine Glossen geknüpft. Er wolle schon jetzt darum ersuchen, daß der „Vorwärts“ bei der Wahrheit bleibe. (Zuruf: Das ist unmöglich!)

Darauf beginnt die Beratung des Punktes:

Unsere Stellungnahme zur Internationale.

Es liegen Vorberatungen in großer Zahl dazu vor. Auf Antrag des Genossen Schinoler wird beschlossen, dem Genossen Ledebour nach den beiden Referaten Hilferding und Stöcker das Wort zu einer längeren Redezeit zu gewähren.

Hilferding führt aus, daß die Frage der Internationale für die innere Stellung der Partei und ihrer gesamten Stellung in der internationalen Arbeiterklasse von außerordentlicher Bedeutung sei. Man dürfe sich hierbei nicht den Vorurteilen und Vorurteilen leiten lassen und keine Geschwätzpolitik treiben, sondern aus der Untersuchung der internationalen Beziehungen heraus darüber urteilen. Die Geschichte der Partei beweist, daß die internationale Bestimmung stets die Grundlage ihrer Politik gewesen sei. Die Revolution habe die praktische Notwendigkeit erwiesen, daß eine allseitige internationale hergestellt werden müsse. Die Schwäche der Revolution sei gewesen, daß sie isoliert geblieben sei. Während des Kapitalismus aller Länder sich zusammenzuschließen habe und

